

# PRESS-RELEASE

PRESSEINFORMATION

26. April 2017

## Europa ertrinkt im Verkehrslärm

**Konferenz in Brüssel spricht von 125 Mio. Menschen, die stark von Verkehrslärm betroffen sind, und jährlich 16.000 Todesfällen, die auf Lärm zurückzuführen sind**

Die EU-Kommissionen für Verkehr und Umwelt hatten zum Lärmgipfel nach Brüssel eingeladen, um gemeinsam mit Abgeordneten des EU-Parlaments sowie Vertretern von Mitgliedsländern, der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Europäischen Umweltagentur (EEA) und weiteren Interessengruppen über die europäische Lärmschutzpolitik zu diskutieren. Bei der gut besuchten Konferenz, an der auch Pro-Rheintal-Sprecher Frank Gross teilnahm, konnten Verkehrskommissarin Violeta Bulc und Umweltkommissar Karmenu Vella nicht verhehlen, dass die bisherige Lärmschutzpolitik der EU mit ihrer seit 2002 begonnenen Lärmaktionsplanung nicht viel mehr bewirkt habe als zusätzliche Arbeit für die öffentliche Verwaltung, ohne dass auch nur ein Dezibel an Lärm abgebaut werden konnte.

Immerhin sei das Lärmbewusstsein gestiegen, so Bulc, die große Hoffnungen in die Elektromobilität und die damit verbundene Lärmreduktion setzt, obwohl Fachleute dies eher bezweifeln. Denn vor allem Roll- und aerodynamische Geräusche machen mehr als 90 Prozent des Verkehrslärms aus und daran ändert sich auch bei Elektroautos wenig. Außerdem ist die Eisenbahn das lauteste Verkehrsmittel, und das trotz Elektroantrieb. So konstatierte dann auch Daniel Calleja, Leiter der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission, dass immer noch 50 Prozent der Informationen aus der Lärmaktionsplanung fehlten und in vielen Bereichen nicht einmal klar sei, wer überhaupt zuständig ist. Was Maßnahmenpläne angehe, sei man noch bei Null.

Dabei sei längst klar, dass Investitionen in Lärmschutz ein hervorragendes Investment seien, denn für einen Euro, der in Lärmschutz investiert wird, bekäme man 29 Euro zurück. Also fast das Dreißigfache. Die Gesundheit der Menschen und ihre damit verbundene Leistungsfähigkeit sowie die

durch Verkehrslärm zerstörten Potenziale ganzer Regionen könnten mit geringen Mitteln und Maßnahmen positiv beeinflusst werden.

Auch Zsuzsanna Jacob von der Weltgesundheitsorganisation, die erschreckende neueste Zahlen vorstellte, die zeigen, dass Europa in Lärm zu ertrinken droht, unterstrich noch einmal, dass eine gesunde Umgebung die Voraussetzung für eine gesunde Ökonomie sei. Die Europäische Umweltagentur bestätigte die Zahlen der WHO, dass 125 Mio. EU-Bürger nachts Lärmwerten oberhalb von 50 dB(A) ausgesetzt sind und jährlich 16.000 Sterbefälle nachweislich auf Lärm zurückzuführen seien. Die Dunkelziffer könne allerdings weit darüber liegen, da beispielsweise der Gesamtlärmeinfluss aus unterschiedlichen Quellen bisher überhaupt nicht berücksichtigt würde.

Jahn Ryan, Geschäftsführender Leiter der Direktion Öffentliche Gesundheit bei der EU-Kommission, unterstrich noch einmal, dass in allen Vorschriften Gesundheit an oberster Stelle stehen müsse, jedoch Verkehrslärm immer noch nicht ausreichend als Problem wahrgenommen werde. Da sei umso dramatischer, weil auch Kinder von Lärm stark betroffen seien und durch Verkehrslärm kognitive Fähigkeiten einbüßen könnten, wodurch sie dann ein Leben lang Nachteile davontragen. Für die Erwachsenen rechne man, allein was die koronaren Herzerkrankungen angehe, jährlich mit 43.000 neuen Fällen durch Verkehrslärm

Überhaupt nicht zu verstehen sei, dass man im Gesundheitssystem 97 Prozent der Mittel für Behandlung von Krankheiten ausbebe, aber nur 3 Prozent für Prävention. Hier seien die Initiativen gefordert, denn die zahlenmäßige Macht der Bürger könnte die Dinge vorantreiben.

„Beschleunigen lässt sich das Ganze, indem man klare Grenzwerte festlegt und dazu über ein klar definiertes Maßnahmenbündel verfügt, wie diese Grenzwerte einzuhalten sind“, betonte Staatssekretär Peter Knitsch vom Umweltministerium Nordrhein-Westfalen. Dem pflichtete auch Gertrud Seller vom Bundesumweltministerium bei. Sie sagte: „Wir haben für die Industrie mit der „Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm“ (TA Lärm) klare Grenzwertvorgaben. Leider ist es für den Verkehrsbereich nicht so.“

Auf den Punkt brachte es schließlich die Vertreterin aus Tirol/Österreich, die erklärte: „Lärm ist das Letzte, was berücksichtigt wird. Politiker sind meist nicht anwesend, wenn es um Lärm geht!“

Dem pflichtete auch Pro-Rheintal-Sprecher Frank Gross bei. In seinen Augen sieht sich Politik, wenn es um Lärm geht, mehr als Anwalt der Wirtschaft denn als Interessenvertreter der Bürgerinnen und Bürger. Andernfalls lägen die Grenzwerte für Fahrzeuge längst vor und Verkehrslärm würde ganzheitlich erfasst.

Damit dies jetzt schnell geschieht, wollen sich die Lärmschutzinitiativen verkehrsübergreifend zusammenschließen und in der betroffenen Bevölkerung mehr qualitative Daten über die tatsächliche Lärmbelastung sammeln. Gross dazu: „Wir sind es leid, mit abstrakten Werten nach von der Politik selbst konstruierten Formeln um die Gesundheit herumzureden. ‚Sagen, wie laut es ist, damit es leiser wird!‘ heißt der neue Slogan der Lärmschützer in ganz Europa. Wir müssen unsere Stimmen erheben, damit der Lärm ein Ende hat.“

Weitere Informationen unter:

**Pro Rheintal e. V. Bürgernetzwerk**

Frank Gross, 1. Vorsitzender  
Simmerner Straße 12  
56154 Boppard  
Tel. 06742 801069-0  
Fax 06742 801069-1  
E-Mail: [info@pro-rheintal.de](mailto:info@pro-rheintal.de)  
[www.pro-rheintal.de](http://www.pro-rheintal.de)

Frei zur Veröffentlichung / Belegexemplar erbeten